

Noak, Ronny; Braune, Andreas

## Zwischen freier Volkshochschule und Kulturkampf. Der Einfluss der Landespolitik auf Volkshochschulen in Sachsen und Thüringen in den 'Krisenjahren' der Weimarer Republik

*Ebner von Eschenbach, Malte [Hrsg.]; Stimm, Maria [Hrsg.]; Dinkelaker, Jörg [Hrsg.]: Volkshochschulen im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts I. Abendvolkshochschulen. Materialbasierte Analysen zur Vielfalt ihrer Institutionalisierung in der Weimarer Republik. Bad Heilbrunn : Verlag Julius Klinkhardt 2024, S. 129-139. - (Historische Bildungsforschung)*



Quellenangabe/ Reference:

Noak, Ronny; Braune, Andreas: Zwischen freier Volkshochschule und Kulturkampf. Der Einfluss der Landespolitik auf Volkshochschulen in Sachsen und Thüringen in den 'Krisenjahren' der Weimarer Republik - In: Ebner von Eschenbach, Malte [Hrsg.]; Stimm, Maria [Hrsg.]; Dinkelaker, Jörg [Hrsg.]: Volkshochschulen im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts I. Abendvolkshochschulen. Materialbasierte Analysen zur Vielfalt ihrer Institutionalisierung in der Weimarer Republik. Bad Heilbrunn : Verlag Julius Klinkhardt 2024, S. 129-139 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-322024 - DOI: 10.25656/01:32202; 10.35468/6134-06

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-322024>

<https://doi.org/10.25656/01:32202>

in Kooperation mit / in cooperation with:



<http://www.klinkhardt.de>

### Nutzungsbedingungen

Dieses Dokument steht unter folgender Creative Commons-Lizenz: <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de> - Sie dürfen das Werk bzw. den Inhalt unter folgenden Bedingungen vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen: Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen. Dieses Werk bzw. dieser Inhalt darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden und es darf nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert werden.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use

This document is published under following Creative Commons-Licence: <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.en> - You may copy, distribute and transmit, adapt or exhibit the work in the public as long as you attribute the work in the manner specified by the author or licensor. You are not allowed to make commercial use of the work or its contents. You are not allowed to alter, transform, or change this work in any other way.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



### Kontakt / Contact:

peDOCS  
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation  
Informationszentrum (IZ) Bildung  
E-Mail: [pedocs@dipt.de](mailto:pedocs@dipt.de)  
Internet: [www.pedocs.de](http://www.pedocs.de)

Mitglied der

  
Leibniz-Gemeinschaft

*Ronny Noak und Andreas Braune*

# Zwischen freier Volkshochschule und Kulturkampf. Der Einfluss der Landespolitik auf Volkshochschulen in Sachsen und Thüringen in den ‚Krisenjahren‘ der Weimarer Republik

## 1 Grundlagen der Volkshochschularbeit

Die Revolution 1918/19 änderte vieles in Deutschland. Als Erbe des Kaiserreiches blieb die Tatsache bestehen, dass Bildung Ländersache war. Während auf Reichsebene die Volkshochschulen in der neuen Reichsverfassung erwähnt wurden (Art. 148)<sup>1</sup>, fehlte in den Verfassungen Sachsens und Thüringens ein Hinweis auf die Tätigkeit der Volkshochschulen. Die Verfassungen in den beiden mitteldeutschen Ländern waren Ergebnis von örtlichen Revolutionen, die zunächst die jeweiligen Herrscher hinweggefegt hatten – in Thüringen sogar acht Stück. Sie waren also unter den regionalen Gegebenheiten und Mehrheitsverhältnissen entstanden und nicht etwa Ergebnis einer zentralen Revolution.<sup>2</sup> Dabei war das Fehlen des Bildungsbereiches in den Landesverfassungen nach der erfolgreichen Novemberrevolution aber keinesfalls eine Seltenheit. Auch das größte Land Preußen sowie Hessen-Darmstadt verzichteten auf die Erwähnung des Bildungssektors, was den gesamten Schulbereich einschloss. Baden und Württemberg und Mecklenburg-Schwerin beispielsweise regelten in der Landesverfassung immerhin den religiösen Schulunterricht. Baden schrieb zudem fest, dass Volks- und Fortbildungsschulunterricht unentgeltlich sei.<sup>3</sup> Dass bildungspolitische Elemente nur selten in die Landesverfassungen aufgenommen wurden, sollte aber nicht bedeuten, dass die Bildungspolitik für die Länder eine Nebensache darstellte. So hatte die anhaltinische Regierung bereits frühzeitig im Bildungssektor reagiert, indem beispielsweise die geistliche Schulaufsicht aufgehoben wurde und das Schulgeld an Volksschulen abgeschafft worden war. Dies war sogar noch vor der Annahme der Verfassung in Anhalt geschehen.<sup>4</sup>

Auch wenn die Volkshochschulbewegung älter als die Revolution von 1918/19 ist: Der Aufbruch in die Demokratie vor etwas mehr als 100 Jahren löste einen regelrechten Boom aus.<sup>5</sup> Dafür spricht nicht nur, dass die Volkshochschulen 1919 Verfassungsrang im Reich erhielten, sondern auch die Gründungswelle neuer Volkshochschulen im Zuge der Revolution.<sup>6</sup> Sie wurden als integraler Bestandteil des Aufbruchs in die Demokratie begriffen, da die Erwachsenenbildung zu einem großen Teil direkt oder indirekt auch als Staatsbürgerbildung verstanden wurde.<sup>7</sup> Ob in lokaler oder freier Trägerschaft: Die Volkshochschulen begriffen sich

1 Art 148, Absatz 4 der Weimarer Reichsverfassung lautete: „Das Volksbildungswesen, einschließlich der Volkshochschulen, soll von Reich, Ländern und Gemeinden gefördert werden.“

2 Für das gesamte Reichsgebiet lässt sich gar von „25 Einzelrevolütionschen“ sprechen (vgl. Dreyer 2020, 314-317).

3 vgl. Freistaat Baden 2002

4 vgl. Regener 2019, 58-59

5 vgl. Ebner von Eschenbach, Stimm & Dinkelaker in diesem Band

6 vgl. den Anstieg der Volkshochschulgründungen bis 1922 bei Wolgast 1996, 38.

7 vgl. Schmuck in diesem Band

als überparteiliche Einrichtungen, die für die Staatsbürger, die Gesellschaft und den neuen Staat tätig waren. Dabei entstand freilich ein Dilemma, da die Volkshochschulen auch auf Finanzierung durch den Staat angewiesen waren, und damit unter Umständen zum Ziel parteipolitischer Einflussnahme werden konnten. Zwar waren sie häufig sich selbst verwaltende Institutionen – dennoch bestand die Möglichkeit, dass Politiker\*innen Einfluss auf Bildungsziel, Ausrichtung, Lehrinhalte und Lehrpersonal nehmen konnten. Hier spielten vor allem regionale und lokale Machtverhältnisse eine Rolle.

Aber nahmen die Politiker\*innen, allen voran die Minister in den Volksbildungsministerien, auch Einfluss auf die Arbeit der Volkshochschulen? Gab es kulturkämpferische Auseinandersetzungen, die schließlich Wirkung auf die Programmatik und das Lehrpersonal in den Volkshochschulen zeigten? Dies soll in diesem Beitrag an den beiden Fallbeispielen Sachsen und Thüringen genauer untersucht werden.

Der Vergleich dieser beiden Länder der Weimarer Republik bietet sich an, da sich hier strukturelle Gemeinsamkeiten zeigen. Die politische Hauptkampflinie verlief in beiden Ländern zwischen Arbeiterschaft und Sozialdemokratie auf der einen und den ‚Bürgerlichen‘ auf der anderen Seite. Wo beide Lager in Großen Koalitionen, Minderheitsregierungen o. ä. zusammenarbeiteten, müsste der Konflikt eher abgemildert sein, da von einer gemeinsamen und konsensualen Politik auch auf dem Bildungssektor auszugehen ist.

Wo jedoch eine klare Lagerbildung vorherrschte, wurden auch die Volkshochschulen stärker politisiert. Die Sozialdemokratie neigte dann dazu, sie neben der ‚neutralen‘ staatsbürgerlichen Funktion eher auch in Richtung der Arbeiterbildung und als mögliches Instrument sozialistischer Politik zu sehen. Umgekehrt müssten die Bürgerlichen, und hier insbesondere die rechtskonservativen und rechtsradikalen Kräfte, in den Volkshochschulen ein bedenkliches Resultat der Revolution gesehen haben, das ihren Argwohn, manchmal auch ihre Feindschaft auf sich zog. Spätestens die Beteiligung völkischer Kräfte oder gar der NSDAP wurde dann zur Gefahr der antidemokratischen Umgestaltung oder zur existentiellen Bedrohung der Volkshochschulen. Aufgrund ihres Aufschwungs in der Revolution waren die Volkshochschulen für sie mit dem ‚System‘ von Weimar verknüpft und mussten entweder für die eigenen Zwecke umgebaut oder abgewickelt werden, so die These.

Dass die Volkshochschulen von den Möglichkeiten und Spielräumen abhängig waren, die ihnen das politische System bot, zeigte sich vor allem in der NS-Zeit. Die Transformation von demokratischen Volkshochschulen mit demokratischen Elementen wie dem Hörer\*innenrat erfolgte rasch hin zu Deutschen Heimatschulen. Damit hatten nationalsozialistische Politiker rasch Abstand von den Grundwerten der Volkshochschulbewegung 1918/19 genommen.<sup>8</sup> Gerade in Zeiten politischer Umbrüche – und von diesen mangelte es in den Jahren der Weimarer Republik keinesfalls – waren Volkshochschulen auch Orte, an denen sich die politischen Auseinandersetzungen wiederfanden. Das mag für die NS-Zeit offensichtlich sein<sup>9</sup>. Ob dies aber auch für die Weimarer Zeit gilt, untersucht dieser Beitrag.

<sup>8</sup> vgl. Reimers 2002

<sup>9</sup> vgl. beispielsweise die Umformung der freien Volkshochschule Weimar zur Deutschen Heimatschule ab 1933 (Volkshochschule Weimar 2019)

## 2 Volkshochschulen und Landespolitik

Die hier untersuchten Länder Sachsen und Thüringen weisen in ihrer politischen Entwicklung von 1918 bis 1933 erstaunliche Ähnlichkeiten auf. Beide Länder wurden nach der Revolution 1918 von einer starken Dominanz der Arbeiterbewegung in Form einer (relativen) Mehrheit für die Unabhängige Sozialdemokratische Partei (USPD) und SPD geprägt. So kam es zu progressiven Regierungen unter Führung der sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Wilhelm Buck in Sachsen und dem liberalen Arnold Paulsen (DDP) in Thüringen. 1921 übernahm der Sozialdemokrat August Frölich die Regierungsgeschäfte in Thüringen, wobei er von Oktober bis November 1923 eine rot-rote Regierung unter Einbezug der Kommunistischen Partei (KPD) anführte. Vorbild für die Thüringer rot-rote Regierung war dabei die sächsische Regierung unter Erich Zeigner gewesen, in der ebenfalls SPD und KPD kurzzeitig koalitierten. Beide Regierungen wurden aber von außen, unter Einmarsch der Reichswehr, gestürzt. In Thüringen bedeutete dies fortan die Dominanz des bürgerlichen Lagers (bestehend aus DNVP, DVP und Thüringer Landbund). In Sachsen blieb die SPD stärkste Kraft und konnte bis ins Krisenjahr 1929 unter Max Heldt (SPD) weiter regieren. Damit kann das Jahr 1923 als erstes innenpolitisches Krisenjahr gelten.

1929 ist in beiden Ländern eine Zäsur, aber von unterschiedlicher Qualität. In Sachsen erfolgt ‚nur‘ der Wechsel hin zu einer bürgerlich geführten Regierung, in Thüringen dagegen erfolgte ab 1929/30 die Beteiligung der NSDAP an der Regierung; und damit eine rechte ‚Kampfgierung‘.

Vor diesem politischen Hintergrund auf Landesebene ist davon auszugehen, dass die Volkshochschulen als einer der Träger für die Ausbildung der Demokrat\*innen zunächst von den progressiven sozialdemokratischen Regierungen unterstützt wurden. Vor allem der Wechsel in den Regierungen zum Ende der ‚Goldenen Zwanziger‘ müsste aber eine Veränderung an den Volkshochschulen herbeigeführt haben, welche sich in Thüringen deutlicher zeigen müsste als in Sachsen. Denn erstgenanntes wurde fortan mit der Baum-Frick-Regierung von einer faschistischen Partei mitregiert, wogegen in Sachsen die NSDAP erst mit der Killinger-Regierung 1933 an die Macht kam. Dementsprechend lohnt sich auch ein Blick in die Volkshochschulen und ihre Reaktionen auf die politischen Veränderungen als Seismograph für die Bedeutung von Regierungswechseln auf Landesebene. Traten hier Befürchtungen auf oder sahen sich die Volkshochschulen unabhängig von den Entwicklungen im Land?

Diesen Beitrag leitet daher die These, dass die Volkshochschulen auf veränderte Bedingungen in der Landespolitik proaktiv reagierten oder zumindest nachgelagert reagieren mussten. Da die Bildungsarbeit in der Hoheit der Länder lag, gab es zumindest die theoretische Möglichkeit, dass beispielsweise durch Androhung der Einsparung finanzieller Mittel Einfluss auf das Programm der Volkshochschulen genommen werden konnte oder missliebige Personen in den entscheidenden Gremien überstimmt beziehungsweise entlassen wurden.

Denn auch wenn die Volkshochschulen eigentlich neutral und objektiv im Sinne von Parteiunabhängigkeit, religiöser Parteilosigkeit und frei von politischer Abhängigkeit agieren wollten, gelang dies nicht in allen Fällen.<sup>10</sup> Deutlicher hatte Werner Picht, Mitbegründer des Hohenrodter Bundes und Volkshochschulreferent im Preußischen Ministerium für

<sup>10</sup> vgl. Schmuck 2022, 85-86; Die Volkshochschule Dresden formulierte in ihrer Satzung vom 29. April 1920 gar „praktisch-politische Willensbeeinflussung der Volkshochschulhörer durch die Dozenten ist streng zu vermeiden. Selbstverständlich haben ebenso Gesichtspunkte der Parteipolitik und des religiösen Bekenntnisses bei der Arbeit des Vereins unberücksichtigt zu bleiben“ (Volkshochschule Dresden e.V. 1994, 8).

Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, die Aufgaben der Volkshochschule formuliert. Als einer der Vordenker der Erwachsenenbildung führte er aus, dass die Volkshochschulen die geistigen Voraussetzungen der Demokratie schaffen, die gesellschaftlichen Klassen miteinander versöhnen und zudem das Nationalgefühl wecken sollten.<sup>11</sup> Parteipolitik sollte also gemieden werden, der Einsatz für die Demokratie war aber wesensgebend für die jungen Volkshochschulen der Weimarer Republik, welche ihren Höhepunkt der Gründungswelle 1919 – inmitten der Wirren von Revolution und Staatswerdung – erreicht hatten. Parallel zur Staatsgründung mit der Verabschiedung von Reichs- und Landesverfassungen war es also zur Verabschiedung der Satzungen von Volkshochschulen gekommen. Dabei war den Protagonist\*innen bereits zu Beginn klar, dass der Staat wesentlichen Einfluss auf die Volkshochschulbildung nehmen würde. Diese These findet sich beispielsweise bei Eduard Weitsch, einem der Gründerväter der Volkshochschulbewegung, indem er anführt – in Bezug auf Friedrich Schiller – dass der Staat die „Grundlage zur ‚Fortschreitung des menschlichen Geistes‘“<sup>12</sup> lege. Auch Werner Picht und Eugen Rosenstock hatten nur zwei Jahre nach der Novemberrevolution konstatiert, dass die Erwachsenenbildung – und damit die Arbeit der Volkshochschulen – auf die neuen Umstände reagieren müsse. So hieß es bei den beiden Autoren: „Politische Bildung (im weitesten Sinne des Wortes) ist das erste, was wir jetzt brauchen.“<sup>13</sup> Und die Volkshochschulen wurden zu Institutionen, an denen politische Bildung, und damit auch die Auseinandersetzung mit den Geschehnissen auf Landesebene, gelehrt wurde. Sie sollten, so wieder Picht, „die Absicht [haben], gute Staatsbürger zu erziehen.“<sup>14</sup> Dabei entstand auch eine wechselseitige Beeinflussung: So übernahmen die Volkshochschulen beispielsweise die Lehre über Parteien und Weltanschauungen in ihr Programm und reagierten somit ebenfalls auf Geschehnisse auf Reichs- oder Landesebene. Besonders in Thüringen stellte sich diese Frage des parteipolitischen Einflusses, wechselten hier doch die politischen Vorzeichen von einer rot-roten Regierung zu Beginn der Republik hin zur ersten Nominierung eines NSDAP-Volkbildungsministers an ihrem Ende. So fokussiert der Beitrag aber nicht nur auf die Reaktionen an den Volkshochschulen, sondern will beleuchten, inwiefern auch die Landesregierungen aktiven Einfluss auf die Arbeit der Volkshochschulen nahmen.

## 2.1 Die Sehnsucht nach Stabilität – Volkshochschulen in Thüringen

Nachdem es bis zu Beginn der 1920er Jahre zu einer Gründungswelle von Volkshochschulen gekommen war, standen die Thüringer Volkshochschulen – wie so viele im Reich – bereits 1923 vor einer riesigen Herausforderung. Erst der Kapp-Putsch 1920 und dann die Hyperinflation drei Jahre später hatten an den Grundfesten der Demokratie gewackelt. Schließlich wurde im November 1923 auch noch die Thüringer Regierung durch eine angedrohte Reichsexekution abgesetzt. Wieder stand die Demokratie vor schweren Herausforderungen. Angesicht dieser Schwierigkeiten blieben die Protagonisten in der Volkshochschulbewegung aber offenbar zunächst ruhig. Denn auffallend für die Thüringer Volkshochschularbeit ist, dass die Ereignisse des Oktobers 1923 zumindest in den ‚Blättern der Volkshochschule Thüringen‘ gänzlich ignoriert wurden. Dies mag zunächst nicht verwundern, da auch zuvor sel-

11 vgl. Langewiesche 1989, 341

12 Weitsch 1920, 8

13 Picht & Rosenstock 1926, 36

14 Picht 1919, 10

ten über die politischen Ereignisse auf Landesebene berichtet wurde. Wie zu zeigen sein wird, wird sich dies erst 1929/30 ändern. Es ist jedoch auffallend, dass man sich ausgerechnet in der Ausgabe September 1923 mit dem Thema „Staatsbürgerkunde und Politik“ befasst hatte. Hierfür hatten die Blätter die Begrüßungsansprache zur Eröffnung des VII. sächsischen Lehrgangs<sup>15</sup> für Volkshochschullehrer in Leisnig vom 27. Mai des Jahres 1923 zitiert. Hier wurde vehement auf den Gegenwartsbezug der Volkshochschularbeit eingegangen. Da hieß es, dass „stärkstes Ergriffensein von den Problemen und Aufgaben, die der Volkshochschule gerade auf dem Gebiete der Staatskunde entstanden sind“<sup>16</sup>, Eingang in die Lehrpläne finden müsse. In der gleichen Ausgabe hatte Eduard Weitsch darauf hingewiesen, dass das Wissen über Verfassung, Gesetze, Verwaltung und Wirtschaft eine der Grundvoraussetzungen des staatsbürgerlichen Unterrichts an Volkshochschulen sein sollte. Gleichzeitig sollte aber das „Gefühls- und Willensleben in Bewegung“<sup>17</sup> gebracht werden. Die Frage nach der Ausbildung geeigneter Staatsbürger\*innen hatte damit zum Höhepunkt des allgemein als Krisenjahr 1923 bekannten Jahres Eingang in die Debatte über die weltanschauliche Ausrichtung der Volkshochschulen gefunden. Dabei hatten sich die Protagonisten\*innen in Thüringen und Sachsen deutlich positioniert. Unabhängig von den politischen Entwicklungen auf der jeweiligen Landesebene (sowohl in Sachsen als auch in Thüringen war es zu einer Regierungsbeteiligung bzw. Tolerierung durch die Kommunistische Partei gekommen<sup>18</sup>) verpflichteten sich die Volkshochschulen dazu, Dienst am Staate zu leisten.

Im Anschluss an die Ereignisse setzten sich die Volkshochschulen aber auch mit der Frage auseinander, wie abhängig die eigene Bildungsarbeit vom Staat blieb. So erschien in der Aprilausgabe 1924 der Blätter der Volkshochschule ein Artikel zum Thema „Staat und Volksbildung“, der festhielt: „Jede staatlich organisierte Erziehung ist eine Machtanwendung“ und die Weimarer Republik sei zudem „eine Demokratie mit örtlich verschiedenen und zeitlich rasch wechselnden Mehrheiten.“<sup>19</sup> Bisher habe jedoch keine der regierenden Parteien versucht, nur einen Teil der Bürger\*innen erzieherisch zu bilden, sodass der Autor, der Historiker und Mitbegründer der deutschen Volkshochschulbewegung Reinhard Buchwald, abschließend feststellt, dass „Demokratie wahre Bildung als Voraussetzung braucht.“<sup>20</sup> Eine Erwiderung reagierte darauf mit der Aussage „Heute hat es der Wille zum überparteilichen Denken schwerer.“<sup>21</sup> Die von außen forcierten Regierungswechsel in Sachsen und Thüringen führten also vor allem dazu, die Überparteilichkeit der Arbeit zu betonen, auch wenn klar war, dass die Volkshochschulen in Abhängigkeit von der jeweiligen Landesregierung standen. Eine wesentlich stärkere Zäsur war aber das Jahr 1929. Die Übernahme der Regierungsgeschäfte durch eine rechtsbürgerliche Koalition unter Einschluss der NSDAP und die Einsetzung eines nationalsozialistischen Volksbildungsministers müssen als radikaler Einschnitt für die freien Volkshochschulen in Thüringen gewertet werden. Nach den Landtagswahlen am 8. Dezember 1929 fehlte es den demokratischen Parteien an einer Mehrheit. Dem gegenüber stand nun der konservativ-nationalistische Block inklusive der NSDAP, die in der Wahl 11,3 % der Stimmen erreicht hatte. Der neue Minister Wilhelm Frick veränderte sofort die

15 Die Blätter erschienen zu diesem Zeitpunkt gleichzeitig als ‚Blätter der Volkshochschule Sachsen‘, was den regionalen Schwerpunkt stark verschob (vgl. Blätter der Volkshochschule Thüringen 1923).

16 Kaphahn-Dresden 1923, 37-38

17 Weitsch 1923, 42

18 zu den Ereignissen vgl. Kachel 2011, 163-170

19 Buchwald 1924, 1-3

20 ebd.

21 Berlepsch-Valendas 1924, 3

Unterstützung der Volkshochschulen. Als Mustervolkshochschule diente fortan die Deutsche Heimatschule in Bad Berka, die von dem Pädagogen Theodor Scheffer geleitet wurde.<sup>22</sup> Ab 1930 sollten dem Wunsche Fricks nach alle Volkshochschulen im Thüringer Raum die Idee der „Heimatschule“ als verbindliches Konzept der Volkshochschulbewegung verfolgen.<sup>23</sup>

Als radikaler Einschnitt strich Frick dem Volksbildungswesen das Geld und dies mit sofortiger Wirkung. Die Städte und Gemeinden, die häufig Träger der Volkshochschulen waren, schlossen sich diesem Beispiel an. Für die noch 34 in Thüringen existierenden Volkshochschulen war dies ein radikaler, gar existenzbedrohender, Einschnitt.<sup>24</sup> Frick versuchte das Bildungssystem ideologisch umzubauen und sah dabei viele der freien Volkshochschulen als Unterstützer des verhassten Weimarer Systems. Er protegierte ideologisch nahestehende Institutionen und versuchte die demokratischen Volkshochschulen durch Entzug der finanziellen Mittel zur Aufgabe zu zwingen.

Die Wirkung zeigte sich exemplarisch am Beispiel der Volkshochschule in Dreißigacker. Diese musste zeitnah nach der Einsetzung des NS-Ministers schließen. Aber auch andere Volkshochschulen standen vor dem Aus. Um den Unterricht weiter fortführen zu können, verzichteten Dozent\*innen teilweise auf ihre Honorare, wurde die Stundenanzahl der Lehrgegenstände reduziert und die Gebühren für die Teilnehmer wurden erhöht.<sup>25</sup> Es kam zu einer ‚Bildung auf Sparflamme‘, ausgelöst durch die Maßnahmen des Ministeriums. Ausgenommen von der fehlenden finanziellen Unterstützung waren nur die Volkshochschulheime in Neudietendorf und das bereits erwähnte in Bad Berka.<sup>26</sup>

Radikale Änderungen unternahm Frick auch in der personellen Besetzung in seinem Ministerium. Buchwald wurde 1930 als verantwortlicher Regierungsrat in der Weimarer Regierung entlassen und fiel somit als Patron der freien Volkshochschulen aus.<sup>27</sup> Buchwald hatte sich als Geschäftsführer der Volkshochschule Thüringen mit Sitz in Jena einen Namen gemacht und zählte zu den Protagonisten und Vordenkern der freien Volksbildungsarbeit in Thüringen. Für ihn war das Ziel der freien Volksbildung, „den Laien fähig zu machen, aus eigener Verantwortung sein Leben zu führen und das Leben seiner Gemeinschaft mitzugestalten.“<sup>28</sup>

Gerade der letzte Teil dieses Zitats ist dabei wichtig, da es zeigt, dass die Bildungsarbeit der Volkshochschulen auch darauf zielte, für das Leben in der Demokratie zu schulen. Denn die Gestaltung der Gemeinschaft erfolgte auch über die Beteiligung an Wahlen, dem steten Austausch und der Diskussion über Politik sowie die Mitwirkung an demokratischen Entscheidungsfindungen im eigenen Umfeld. Demokratie wurde nicht nur als Staats- sondern auch als Lebensform begriffen. Buchwald war bereits 1922, also unter der linken Landesregierung unter August Frölich (SPD) in das Thüringische Volksbildungsministerium gewechselt. Angesichts dessen ist es erstaunlich, dass er noch bis 1930 dort tätig war, aber umso verständlicher, dass er unter einem NSDAP-Minister entfernt wurde.

In den Blättern der Volkshochschule Thüringen wurde die radikale Umkehr zunächst abwartend aufgenommen. Zwar hatte man sich im Januar 1930 mit der „Arbeit im Streite der poli-

22 vgl. Reimers 2003

23 vgl. Ulbricht 1993, 192

24 vgl. Rölke 1996, 63-64

25 vgl. ebd., 64

26 vgl. Lotze 1930, 63-64; Zur Bedeutung der Änderungen für die Heimvolkshochschule Dreißigacker vgl. auch Reimers 2003

27 vgl. Buchwald 1992

28 Brief Reinhard Buchwald an Amtsgerichtsrat Dr. Schneider vom 15.6.1929, (Korr RB/S 1929)

tischen Parteien<sup>29</sup> befasst. Hier hatte ein nationalsozialistischer Lehrer die Volkshochschule im Weimarer Land als „liberal-marxistisch“<sup>30</sup> betitelt, was die anders eingestellte Bevölkerung des Landkreises ablehne. Die Blätter hatten daraufhin erwidert, dass sie sich freuen würden, wenn „Angehörige aller Parteien bei uns mitarbeiten“<sup>31</sup>. Eine „Aufteilung unserer Arbeit nach Parteivertretung“<sup>32</sup> sollte aber nicht gefördert werden. Es ist daher erstaunlich, dass die Volkshochschulblätter noch urteilten, dass ein radikaler Angriff mit dem Wunsch nach Schließung bzw. Umstrukturierung der Volkshochschulen unter den Parteienzank gezählt wurde, selbst wenn sich dieser gegen ihre Existenz richtete. Bereits in der nächsten Ausgabe wurde diese Position folglich revidiert, als sich zeigte, dass Frick alle Gelder streichen würde. Nun wurde es sogar für aussichtslos gehalten, „im Augenblick einen Verteidigungs- und Rechtfertigungskampf“<sup>33</sup> zu führen. Es blieb einzig die Hoffnung, dass die aktuellen Verhältnisse rasch vorbeigingen und dass die Lehrkräfte ehrenamtlich weiterarbeiten würden. Eine Hoffnung, die mit der Gleichschaltung der Volkshochschulen 1933 schnell erlosch.

## 2.2 Arbeiterbildung im „roten Sachsen“ – Volkshochschulen in Leipzig und Dresden

Was sich in Sachsen – auch im Vergleich zu Thüringen – deutlicher zeigte, waren die weltanschauliche Ausrichtung der Volkshochschulen, die im traditionell recht ‚roten‘ Land Sachsen sehr eng mit der starken Sozialdemokratie verbunden war. So wurde Sachsen mit dem Kristallisationspunkt 1923 „ein Experimentierfeld der Moderne, in dem alles möglich schien – vor allem in der Bildungspolitik.“<sup>34</sup>

Entsprechend zeigt auch ein Blick in die Volkshochschulen, dass sich offenbar deutlich der Arbeiterschaft angenähert wurde. Für die Volkshochschule Dresden wurde 1929 durch ihren langjährigen Leiter Dr. Franz Mockrauer festgehalten, dass sich ihr Arbeitsplan an den Wünschen der Arbeiterschaft auszurichten habe und die Einführung von Erwerbslosenfreizeiten, Betriebsrätekursen und von Jugend- und Frauenlehrgängen sollte weitere Zielgruppen erschließen.<sup>35</sup> Die Ausrichtung auf die Arbeiterbewegung mag freilich mit der starken Stellung dieser gesellschaftlichen Schicht in Dresden zu tun haben, ist aber auch als Reaktion auf die Ergebnisse der Wahlen im Freistaat Sachsen zu verstehen, bei denen die SPD weiterhin dominierte. Noch 1930 war die SPD mit 33,4 % klar die stärkste Kraft im Land.

Zu einer besonderen Herausforderung kam es auf der Jahreshauptversammlung der Dresdener Volkshochschule am 12. Juni 1931. Geplant war diese Versammlung in der Aula der Kreuzschule Dresden. Allerdings hatten die Nationalsozialisten an diesem Tag den Raum besetzt, um die geplante Versammlung zu verhindern. So wichen die Teilnehmenden kurzerhand in den großen Vereinshaussaal aus. Unterstützung hierfür erhielten sie durch den Dresdner Oberbürgermeister Dr. Wilhelm Külz (DDP). Die Nationalsozialisten verblieben allerdings im Saal und begriffen sich als rechtmäßige Hauptversammlung, wobei sie zehn neue Vorstandsmitglieder wählten. Die Volkshochschule Dresden ließ sich von dieser Posse

29 o. A. 1930, 1138-1139

30 ebd., 1138

31 ebd., 1139

32 ebd.

33 Buchwald 1930, 1144

34 Pohl 2022, 33

35 vgl. Mockrauer 1929, 1-2 zit. n. Gieseke & Opelt 2003, 24

jedoch nicht irritieren oder gar bremsen. Sie führte ihre Amtsgeschäfte schließlich weiter. Die Nationalsozialisten versuchten sogar die Beschlüsse der Jahreshauptversammlung anzufechten. Ein Gericht wies diese Forderungen 1932 aber zurück, sodass das Durchhaltevermögen der Dresdner Volkshochschule zunächst belohnt wurde.<sup>36</sup> Die Volkshochschule konnte trotz des Drucks von der Straße an ihrem Programm festhalten, was vor allem darauf zurückzuführen ist, dass die NSDAP eben noch nicht an der Landesregierung beteiligt war. Dies änderte sich erst mit der Machtergreifung auf Reichsebene. Denn trotz dieser zunächst erfolgreich geführten Auseinandersetzung musste die Volkshochschule Dresden 1933 als letzte der freien Volkshochschulen ihre Türen schließen.<sup>37</sup>

Ein Blick in die Volkshochschularbeit in Leipzig zeigt zusätzlich, dass offenbar auch auf die politischen Strömungen in Sachsen ein breites Interesse bei der Lehrplanausgestaltung gelegt wurde. So wurden in der sächsischen Großstadt vermehrt Kurse zum Thema Sozialismus angeboten. Es gab eine reges Interesse an der dominierenden politischen Strömung in Sachsen.<sup>38</sup> Dies war aus der Perspektive der Volkshochschule nicht immer so gewesen. Denn nach dem Aufschwung in den Jahren 1918 bis 1920 war es aus eigener Perspektive zunächst zu einem Rückgang der Teilnehmer\*innenzahlen gekommen. Es war gar von einem „Absterben“<sup>39</sup> die Rede. Erst durch eine „konsequente Volkshochschulpolitik“ habe der Rückzug der Arbeiter\*innen aus der Volkshochschule nachgelassen.<sup>40</sup> Allerdings führen die Autoren nicht aus, worin diese Volkshochschulpolitik bestand. Es kann aber davon ausgegangen werden, dass sich damit auf die Politik der Landesregierung bezogen wurde, die nun die Volkshochschulen verlässlich unterstützte. Die Ausrichtung der Volkshochschulen blieb dabei aber offenbar auf einer relativ neutralen Position, man wollte für die Politik lehren, aber nicht politisch agieren. Dass selbst dieses Vorhaben aber manchmal scheiterte, zeigt eine weitere Einschätzung: „Die jungen Leute kamen, weil sie glaubten, ein paar Abendkurse über Wirtschaftsfragen und Politik – und wir wissen alles, was wir brauchen, um Wirtschaft und Staat nach unserem Wunsch regieren zu können. Man hat sehr bald eingesehen, daß etwas mehr dazu gehört.“<sup>41</sup> Gerade in Leipzig bewies sich aber, dass sich die Volkshochschulbewegung besonders in den Dienst der Arbeiterschaft stellte. Hier zeigte sich, dass „[a]ls richtunggebender Mitarbeiter in proletarischer Bildungsarbeit“ nur in Frage komme, „wer die Aufgaben, für die er die Arbeiterschaft schulen will, so sieht, wie sie die Arbeiterschaft wirklich gesetzt hat.“<sup>42</sup> Dementsprechend war auch der Anteil der Arbeiter\*innen an den Volkshochschulkursen – vor allem in der Region – besonders hoch.

Ein weiterer Beleg für diese These ist die Tatsache, dass in Leipzig bereits dem Namen nach keine Volkshochschule gegründet wurde, sondern ein Volksbildungsamt. Dessen Gründung war bereits von politischen Mehrheiten in der Stadtverordnetenversammlung (hier dominierten 1919 die Arbeiterparteien mit 39 zu 33 Stimmen) abhängig gewesen.<sup>43</sup> Mit Hermann Heller als Leiter von 1922 bis 1924 hatte die Leipziger Institution sogar einen der prominentesten Staatsrechtslehrer der Weimarer Zeit gewinnen können.<sup>44</sup> Auch seinen Nachfolgern

36 vgl. Volkshochschule Dresden e. V. 1994, 9-10

37 vgl. Emmerling 1958, 53

38 vgl. Große 1932, 94 und 153

39 vgl. Hermberg & Seiferth 1932, 4

40 vgl. ebd., 7

41 ebd., 8

42 ebd., 29

43 vgl. Guth & Richartz 1995, 96

44 vgl. Groh 2010

Paul Hermsberg, Werner Krukenberg und Hermann Gramm war es aber nicht gelungen, die Nachwehen der Politik auf Landesebene abzumindern. Bereits 1929 hatte der Rat der Stadt Leipzig eine Kürzung der Mittel für das Volksbildungsamt und die Volkshochschule erlassen. Im Gegenzug wurden aber die Mittel für national orientierte Erwachsenenbildungskurse erhöht.<sup>45</sup> Damit hatte man unter dem Bürgermeister Karl Rothe (DVP) offenbar den Ereignissen auf Landesebene vorgegriffen. Dies ist umso erstaunlicher, da der Wahlkreis Leipzig selbst bei der Landtagswahl 1930 mehrheitlich rot-rot gewählt hatte, auch wenn sich dies womöglich nicht im Stadtparlament widerspiegelte.<sup>46</sup>

Seit Mitte des Jahres 1929 konnten die liberalen und konservativen Parteien auf Landesebene nicht mehr regieren, ohne SPD oder NSDAP einzubinden.<sup>47</sup> Offenbar hatte man sich in Leipzig dafür entschieden, eher den rechten und rechtsextremen Kräften eine Brücke zu bauen. Damit wurde die Volkshochschule zum Spielball der Parteipolitik und eines regelrechten Kulturkampfes. In der Regel ging es dabei darum, die Volkshochschulen nach Beendigung der SPD-Regierung in rechtes Fahrwasser zu leiten und sie entsprechend umzustrukturieren, sodass sie faschistische Kräfte unterstützten.

Dies blieb auch an den Volkshochschulen nicht unbemerkt, denn man befasste sich dort intensiver mit den politischen Ereignissen. So wurde der politische Charakter in Leipzig auch daran deutlich, dass in der Leipziger Volkshochschule 50 % der Kurse auf den Programmbereich Politik/Gesellschaft/Weltanschauung fielen.<sup>48</sup> Dies spricht wiederum dafür, dass es ein besonderes Interesse an den Entwicklungen auf Reichs- und Landesebene gab, denen die Volkshochschule Rechnung trug, indem sie ihr Programm entsprechend ausweitete und auf Entwicklungen sowie politische Strömungen und Ereignisse hinwies.

### 3 Freie Volksbildung oder Abhängigkeit von Regierungen? Das Spannungsverhältnis zwischen Volkshochschulen und Landespolitik

Wie nahezu überall in der Weimarer Republik war es in den mitteldeutschen Ländern Thüringen und Sachsen im Zuge der Landesgründung auch zu einer Gründungswelle von Volkshochschulen gekommen. Diese stellten sich oftmals in den Dienst der Demokratie und sollten durch ihr Programm dazu beitragen, Staatsbürger\*innen zu bilden, welche ihre Rechte und Pflichten wahrnehmen konnten.<sup>49</sup> Sie sollten dabei zunächst frei – im Sinne einer weltanschaulichen Ungebundenheit – agieren und waren selten an ideologische Prämissen gebunden. Vielmehr überwog der Versuch, zumindest parteipolitisch neutral zu agieren. Auch wenn sich einige Volkshochschulen dem Bürgertum oder der Arbeiterbewegung näherten, war der größte Teil doch offen für alle Interessierten.

Im Wesentlichen blieben die Volkshochschulen dabei aber abhängig von den Landesregierungen – denn diese sicherten mit ihren finanziellen Unterstützungen das Leben der Volkshochschulen. Während für das Jahr 1923 trotz Hyperinflation und Reichsexekutionen kaum Einflüsse auf die Volkshochschularbeit ausfindig gemacht werden konnten, änderte sich dies

45 vgl. Guth & Richartz 1995, 103

46 vgl. Schröder 2015; Die Ergebnisse der Stadtratswahlen in Leipzig konnten nicht rekonstruiert werden.

47 vgl. Pastewka 2018, 249

48 vgl. Reichling 1996, 82

49 ergänzend für die vhs Jena vgl. auch den Beitrag von Schmuck in diesem Band

im nächsten Krisenzeitraum Ende der 1920er-Jahre. Für Thüringen und Sachsen zeigt sich gerade im Jahr 1929, wie elementar diese Unterstützung war. Konnten sich die Volkshochschulen in Thüringen vor 1929 auf die finanziellen Ströme aufgrund ihnen gewogener politischer Konstellationen verlassen – so versiegte diese Sicherheit mit dem Antritt der NSDAP. Der Rückgang der Teilnehmer\*innenzahlen wird für das Jahr häufig auf die Weltwirtschaftskrise und fehlende monetäre Mittel der Teilnehmer\*innen reduziert. Die Volkshochschulen hatten durch die nationalsozialistische Regierungsbeteiligung in den Ländern aber auch an einer zweiten Front zu kämpfen – und dies lange, bevor die NSDAP 1933 die Macht im Reich erlangte. Die Gleichschaltung und Auflösung der Volkshochschulen bis März 1933 war nur der nächste Schritt einer bereits zuvor einsetzenden Aushöhlung der demokratischen Institution Volkshochschule hin zu einer autoritär geprägten Deutschen Heimatschule.<sup>50</sup>

## Literatur- und Quellenverzeichnis

- Berlepsch-Valendas, H. v. (1924): Staat und Volksbildung I. In: Blätter der Volkshochschule, 6 (1), 3-4.  
 BVT – Blätter der Volkshochschule Thüringen (1923), 5 (6).  
 Buchwald, R. (1924): Staat und Volksbildung I. In: Blätter der Volkshochschule, 6 (1), 1-3.  
 Buchwald, R. (1930): Einreißen? Erhalten? Weiterbauen? In: Thüringer Volksbildungsarbeit, Neue Folge, 1 (6), 1143-1144.  
 Buchwald, R. (1992): Miterlebte Geschichte. Lebenserinnerungen 1884-1930, hrsg. von U. Herrmann. Köln, Wien und Weimar: Böhlau.  
 Dreyer, M. (2020): Föderalismus in der Weimarer Republik. Der Mythos vom „dezentralisierten Einheitsstaat“. In: C. Faludi & M. Bartuschka (Hrsg.): Engere Heimat. Die Gründung des Landes Thüringen 1920. Wiesbaden: Weimarer Verlagsgesellschaft in der Verlagshaus Römerweg GmbH, 311-323.  
 Emmerling, E. (1958): Fünfzig Jahre Volkshochschule in Deutschland. Ein Beitrag zur Geschichte der Erwachsenenbildung. Berlin: Volk und Wissen.  
 Freistaat Baden (2002). Gesetz, die badische Verfassung betreffend vom 21. März 1919, geändert durch Gesetz vom 25. August 1932 (GVBl. S. 193), Gesetz vom 30. Oktober 1933 (GVBl. S. 239), aufgehoben durch Art. 129 der Verfassung des Landes Baden vom 19. Mai 1947. Online unter: <https://www.verfassungen.de/bw/baden/vef19-i.htm>. (Abrufdatum: 27.01.2023).  
 Gieseke, W. & Opelt, K. (2003): Erwachsenenbildung in politischen Umbrüchen. Das Programm der Volkshochschule Dresden 1945-1997. Opladen: Leske + Budrich.  
 Groh, K. (2010): Demokratische Staatsrechtslehrer in der Weimarer Republik. Von der konstitutionellen Staatslehre zur Theorie des modernen demokratischen Verfassungsstaates. Tübingen: Mohr Siebeck.  
 Große, F. (1932): Die Bildungsinteressen des großstädtischen Proletariats untersucht an der Zusammensetzung und Interesseneinrichtung der Hörschaft an den Volkshochschulen Leipzig und Dresden. Breslau: Neuer Breslauer Verlag.  
 Guth, W. & Richartz, N. (1995): 75 Jahre Leipziger Richtung – Episode oder Modell? In: D. Oppermann & P. Röhrig (Hrsg.): 75 Jahre Volkshochschule. Vom schwierigen Weg zur Humanität, Demokratie und sozialen Verantwortung. Bad Heilbrunn: Klinkhardt, 95-110.  
 Hermberg, P. & Seiferth W. (1932) (Hrsg.): Arbeiterbildung und Volkshochschule in der Industriestadt. Breslau: Neuer Breslauer Verlag.  
 Kachel, S. (2011): Ein rot-roter Sonderweg? Sozialdemokraten und Kommunisten in Thüringen 1919 bis 1949. Köln, Weimar und Wien: Böhlau-Verlag.  
 Kaphahn-Dresden, F. (1923): Begrüßungsansprache zur Eröffnung des VII. sächsischen Lehrgangs für Volkshochschullehrer vom 27. Mai 1923. In: Blätter der Volkshochschule Thüringen, 5 (6), 37-38.  
 Langewiesche, D. (1989): Erwachsenenbildung. In: D. Langewiesche & H.-E. Tenorth (Hrsg.): Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte. Band V. 1918-1945. Die Weimarer Republik und die nationalsozialistische Diktatur. München: Beck, 337-370.  
 Lotze, H. (1930): Der Reichsverband der deutschen Volkshochschulen nimmt Stellung zum Abbau. In: Thüringer Volksbildungsarbeit, Neue Folge, 1 (6), 63-64.

<sup>50</sup> Dies soll nicht verbergen, dass es auch bereits vor 1933 autoritäre-nationalistische Bildungsinstitutionen gab, wie die Deutsche Heimatschule Bad Berka belegt.

- o. A. (1930): Unsere Arbeit im Streite der politischen Parteien. In: Thüringer Volksbildungsarbeit, Neue Folge, 1 (5), 1138-1139.
- Pastewka, J. (2018): Koalitionen statt Klassenkampf. Der sächsische Landtag in der Weimarer Republik 1918-1933. Ostfildern: Jan Thorbecke Verlag.
- Picht, W. & Rosenstock, E. (1926): Im Kampf um die Erwachsenenbildung 1912-1926. Leipzig: Quelle & Meyer.
- Picht, W. (1919): Die deutsche Volkshochschule der Zukunft. Eine Denkschrift. Leipzig: Quelle & Meyer.
- Pohl, K. H. (2022): Durch Bildung zu Demokratie und Sozialismus? Schulpolitik im Sächsischen Projekt 1919-1923. In: A. Braune, S. Elsbach & R. Noak (Hrsg.): Bildung und Demokratie in der Weimarer Republik. Stuttgart: Franz Steiner Verlag, 31-44.
- Regener, R. (2019): Der Freistaat Anhalt in den Anfangsjahren der Weimarer Republik. In: P. Wagner & M. Hettling (Hrsg.): Revolutionäre Zeiten zwischen Saale und Elbe. Das heutige Sachsen-Anhalt in den Anfangsjahren der Weimarer Republik. Halle: Mitteldeutscher Verlag, 47-68.
- Reichling, N. (1996): Arbeiter in der Volkshochschule: „Bewegung“ oder „Zielgruppe“? Das Beispiel Leipzig 1922-1933. In: P. Ciupke & F.-J. Jelich (Hrsg.): Soziale Bewegung, Gemeinschaftsbildung und pädagogische Institutionalisierung. Erwachsenenbildung in der Weimarer Republik. Essen: Klartext, 81-95.
- Reimers, B. I. (2002): Von der Volkshochschule zur Heimatschule. Erwachsenenbildung unterm Hakenkreuz. In: J. H. Ulbricht (Hrsg.): Klassikerstadt und Nationalsozialismus. Kultur und Politik in Weimar 1933 bis 1945. Weimar: Stadtmuseum, 168-178.
- Reimers, B. I. (2003): Die neue Richtung der Erwachsenenbildung in Thüringen 1919-1933. Essen: Klartext.
- Rölke, B. (1996): Volkshochschule aus dem Geist der Jugendbewegung. Die Leiter der Volkshochschule Jena und der Volkshochschule Thüringen in der Weimarer Republik. In: P. Ciupke & F.-J. Jelich (Hrsg.): Soziale Bewegung, Gemeinschaftsbildung und pädagogische Institutionalisierung. Erwachsenenbildung in der Weimarer Republik. Essen: Klartext, 63-77.
- Schmuck, P. (2022): Stabilisierung der Demokratie durch politische Bildung? Die Reichszentrale für Heimatdienst und freie Volkshochschulen in der Weimarer Republik. In: A. Braune, S. Elsbach & R. Noak (Hrsg.): Bildung und Demokratie in der Weimarer Republik. Stuttgart: Franz Steiner Verlag, 79-93.
- Schröder, V. (2015). Weimarer Republik 1918-1933. Landtagswahlen. Sächsischer Wahlkreis Leipzig. Online unter: <https://www.wahlen-in-deutschland.de/wluLeipzig.htm>. (Abrufdatum: 27.01.2023).
- Ulbricht, J. H. (1993): „Volksbildung als Volk-Bildung“. Intentionen, Programme und Institutionen völkischer Erwachsenenbildung von der Jahrhundertwende bis zur Weimarer Republik. In: Historische Kommission der DGfE (Hrsg.): Jahrbuch für Historische Bildungsforschung. Band 1. Bad Heilbrunn, Obb: Klinkhardt, 179-203.
- Volkshochschule Dresden e. V. (Hrsg.) (1994): 75 Jahre Volkshochschule Dresden. Kissing: WEKA, Verlags-Gesellschaft für Aktuelle Publikationen.
- Volkshochschule Weimar (Hrsg.) (2019): 100 Jahre Volkshochschule Weimar. Bildung im Wandel. Weimar: Volkshochschule Weimar.
- Weitsch, E. (1920): Die Stellung zur Gesellschaft. Jena: Diederichs.
- Weitsch, E. (1923): Staatsbürgerliche Erziehung. In: Blätter der Volkshochschule Thüringen, 5 (6), 42-43.
- Wolgast G. (1996), Zeittafel zur Geschichte der Erwachsenenbildung, Neuwied und Kriftel und Berlin: Luchterhand.

## Archivalien

- Korr RB/S 1929 – Brief Reinhard Buchwald an Amtsgerichtsrat Dr. Schneider vom 15.6.1929; Thüringisches Hauptstaatsarchiv, Bestand vhs Thüringen, Nr. 315.

## Autoren

**Noak, Ronny**; Friedrich-Schiller-Universität Jena, Forschungsstelle Weimarer Republik; Arbeits- und Forschungsschwerpunkte: Geschichte und Politik der Weimarer Republik, Geschichte und Theorie des Antisemitismus, Bildungsgeschichte  
Ronny.noak@gmail.com

**Braune, Andreas**; Dr., Friedrich-Schiller-Universität Jena, Forschungsstelle Weimarer Republik; Arbeits- und Forschungsschwerpunkte: Geschichte, Politik und politisches Denken der Weimarer Republik, moderne politische Theorie, insbesondere Theorien des zivilen Ungehorsams  
andreas.braune@uni-jena.de